

Die Philippinen — ein neuer Krisenherd?

Während sich Literatur und „Therapievorschläge“, Revolutionsmodelle und Hilfsmaßnahmen für die Probleme Lateinamerikas häufen, bleiben die Philippinen mit ähnlicher Struktur und gleichen Schwierigkeiten bis jetzt fast unbeachtet. Lediglich in den letzten Wochen waren sie wieder einmal im Gespräch, wegen ihrer Streitigkeiten mit Malaysia um Sabah. Dieses plötzlich auftauchende Interesse bestätigte in gewissem Umfang die Vermutung, mit dem spektakulären Gebietsanspruch solle der Nationalismus gestärkt und zugleich von den wirklichen Problemen des Landes abgelenkt werden. Nur wenige nehmen Notiz davon, daß dieser „Leuchtturm inmitten der asiatischen Nationen“ (Missi 1963, Nr. 4) immer mehr zu erlöschen droht und daß dieses „stärkste Bollwerk in Ostasien gegen den Kommunismus“ (Flugblatt einer katholischen Missionsgesellschaft) auf dem Wege zu einem zweiten Kuba ist. Die zunächst spanischen, dann amerikanischen Kolonialherren bilden ebenso eine Gemeinsamkeit wie die unglaublich erscheinende soziale Ungerechtigkeit und das Aushängeschild eines „katholischen“ Landes. In beiden Fällen sind es Unzufriedene und kommunistische Gruppen, die mit Guerillataktik eine Änderung herbeizuführen versuchen, in beiden Fällen fehlt ihnen Landkontakt für direkte Unterstützung von außen.

Von verschiedenen Seiten hat ein heftiger Kampf um die ca. 34 Millionen Bewohner des mehr als 7000 Inseln zählenden Landes begonnen. Dieser Kampf wird bisher mehr mit Propaganda als mit Waffen und mehr außerhalb der Parteien als im Kräftespiel der beiden großen politischen Gruppierungen, der Nationalisten und Liberalen, ausgetragen. Neue religiöse, gewerkschaftliche und politische Organisationen machen diese vielfältigen Bemühungen, steigende Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit die Beweggründe dafür deutlich. — Nach jahrelangen Aufständen und Kämpfen konnten sich die Philippinen 1898 von spanischer Bevormundung befreien. Doch mußten sie dafür bis 1946 amerikanische Herrschaft in Kauf nehmen, die danach zwar offiziell beendet war, in Wirklichkeit aber bis heute indirekt auf vielen Gebieten noch wirksam ist. Das hat u. a. dazu geführt, daß es den Filipinos bis heute noch nicht gelungen ist, sich ihren asiatischen Nachbarn als gleichberechtigte Asiaten zu präsentieren. Sie haben vom Westen zuviel angenommen, um als Asiaten anerkannt zu werden, und zu wenig, um zum Westen gezählt werden zu können (was sie im übrigen auch gar nicht wünschen). Diese Zwitterstellung macht ihnen schwer zu schaffen, haben sie sich doch dadurch teilweise in eine gefährliche Isolation begeben.

Versprochene und verwirklichte Reformen

In der 22jährigen Geschichte der präsidentialen Republik führte jeder Präsidentschaftskandidat den Wahlkampf mit den Parolen „Kampf der Korruption, der Inflation, der Arbeitslosigkeit und sozialen Ungerechtigkeit“. Doch keiner ist bisher sonderlich erfolgreich aus dem vierjährigen Präsidentenamt ausgeschieden. Der vorletzte Präsident, Macapagal, beispielsweise hatte sein Amt begonnen unter der später sehr populär gewordenen Devise „Nicht was dem Volk gefällt, sondern das tun, was dem Volk nützt“. 1965 aber konnte er nur so geringe Erfolge aufweisen, daß er von dem jetzigen Präsidenten, M. Marcos, abgelöst wurde.

Dieser war begleitet und getragen von den Hoffnungen vieler Filipinos — genau wie seine Vorgänger. Noch läßt sich kein abschließendes Urteil über seine Amtszeit abgeben, die im nächsten Jahr endet, wenn es ihm nicht gelingt, auch den zweiten Wahlkampf zu gewinnen. Und das wiederum hängt von sichtbaren Erfolgen ab, die vor ihm noch kein Präsident nachweisen konnte. Bisher scheint er jedenfalls Realist geblieben zu sein, der wenigstens die vielen noch ungelösten Aufgaben sieht und nicht verschweigt. „Wir haben einen Vulkan unter den Füßen . . . Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Alle Hilfsmittel werden eingesetzt und einem Entwicklungsprogramm auf dem Land zugeführt, wo die Sozialkrise ihren Ursprung hat.“ Dies erklärte Marcos im Februar 1967 auf einem von den katholischen Bischöfen initiierten Landwirtschaftskongreß. Gerade dieses Entwicklungsprogramm auf dem Lande — sicherlich der wichtigste Ansatzpunkt — konnte aber bisher nur geringe Erfolge aufweisen, ja war vielfältiger Kritik ausgesetzt. Nicht nur Mitglieder seiner eigenen Fraktion sind, da sie ihre persönlichen Landbesitz-Interessen vertreten, bei allen notwendigen Reformprogrammen für die Besserstellung der kleinen Pächter ein schweres Hindernis. Zu den Bremsblöcken gehören gerade auch die beiden Ressortminister für die Landreform, da sie ebenfalls aus der privilegierten Schicht stammen.

Der ständige Bevölkerungszuwachs erschwert alle sozial-reformerischen Bemühungen enorm. Die Geburtenrate liegt bei 3,2 Prozent. Die Bevölkerung hat von 7,6 Millionen im Jahre 1903 auf 19,23 Millionen 1948, auf 27 Millionen 1960 bis auf 32 345 000 im Juli 1965 zugenommen. Durchschnittlich werden pro Jahr eine Million Kinder geboren. Rund 70 Prozent aller Filipinos sind in der Landwirtschaft beschäftigt, doch wandern immer mehr in die Städte ab, da sie auf dem Lande keine Beschäftigung mehr finden. Meistens aber werden auch in den Städten ihre Erwartungen enttäuscht, und so bilden sich dort überall Slums. In Groß-Manila leben augenblicklich bereits zehn Prozent der Bevölkerung in solchen menschenunwürdigen Behausungen, in anderen Städten soll der Prozentsatz noch höher sein. Nicht einmal die Hälfte der arbeitsfähigen Filipinos sind vollbeschäftigt. Rund vier Millionen sind unterbeschäftigt und rund zwei Millionen arbeitslos. Jährlich kommen rund 360 000 Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, von denen ein Großteil abgewiesen werden muß. Auch für die Absolventen von Ober- und Hochschulen bieten sich nicht genügend Möglichkeiten für ein berufliches Fortkommen.

Dieses in so vielen Entwicklungsländern anzutreffende Bild zeigt sich auch auf den Philippinen. Die kleinen Pächter müssen teilweise bis zu 70 Prozent der Ernterträge an den Großgrundbesitzer abliefern. Sollten sie sich entschließen, durch Anschaffungen ihren Betrieb zu rationalisieren, so kann es passieren, daß sie schon bald an den hohen Zinsen (durchschnittlich 20 Prozent) zugrunde gehen. 1965 wurde vom Parlament zwar die Erhöhung der Minimallöhne für Arbeiter von vier auf sechs Pesos pro Tag (ein Peso etwa eine DM) und für Landarbeiter von drei auf vier Pesos beschlossen, doch bedeutet dies keineswegs, daß die Vereinbarungen eingehalten werden. Wer nicht zufrieden ist, muß eben gehen — es gibt ja genügend andere, die froh über jeden Peso sind . . . Manche Arbeitsstelle könnte neu geschaffen

werden, wenn die besitzende Schicht es nicht vorziehen würde — vielleicht, weil ihr die Lage im Land auf die Dauer zu unsicher erscheint —, das Kapital außerhalb des Landes anzulegen. Eine ungleiche Steuergesetzgebung verschärft die Kluft zwischen den sozialen Schichten. So müssen die untersten Einkommensstufen 19,5 Prozent an Steuern entrichten und die höchsten nur 12 Prozent, falls diese letzte Gruppe es nicht sogar versteht, mit Besteuerungsgeldern auch hiervon noch einen Teil einzusparen.

Zunehmende politische Unruhe

Preissteigerungen sollen manche der Verluste auffangen. Zu tragen aber hat diese Belastung die untere Einkommensstufe. Allein im Vorjahr stiegen die Lebenshaltungskosten um sieben Prozent, während das Bruttosozialprodukt lediglich um 5,2 Prozent anwuchs. Die statistische Angabe, das Durchschnitts-Pro-Kopf-Einkommen habe im vergangenen Jahre bei 582 Pesos gelegen, sagt noch nichts über die Aufteilung aus. Fallen doch auf nur fünf Prozent der Familien rund 30 Prozent des Volkseinkommens.

Das Laurel-Lengley-Paritätsabkommen von 1954, das Filipinos und Amerikanern völlige wirtschaftliche Gleichberechtigung und Präferenzzölle einräumte, hat eine sehr starke Ausrichtung der philippinischen Wirtschaft auf die USA bewirkt. Nicht nur umfangreiche Hilfe kam von den USA ins Land, auch eine Schar von Wirtschaftlern, die amerikanische Interessen intensivst vertraten. Die Philippinen liefern seitdem große Teile ihrer Rohstoffvorkommen an die USA, und diese verkaufen dafür ihre Waren auf den Philippinen. Inzwischen mehren sich die Stimmen derjenigen, die für die Zeit nach Ablauf dieses Handelsabkommens 1973 eine mehr partnerschaftliche Vereinbarung verlangen. Wahrscheinlich nicht zuletzt wegen der sich mehrenden anti-amerikanischen Demonstrationen — u. a. gegen den Vietnam-Krieg, die philippinische Unterstützung und die auf philippinischem Boden liegenden Nachschublager und Militärstützpunkte — bewog Präsident Marcos den amerikanischen Präsidenten Ende 1966 dazu, den ursprünglich bis 2046 gültigen Stützpunktvertrag vorläufig bis 1991 zu befristen. Damit dürfte das Problem für die Gegner nicht gelöst sein. Man mag darüber streiten, ob die staatlich geduldete soziale Ungerechtigkeit und die Arbeitslosigkeit oder das Versagen der Gesamtgesellschaft mehr Schuld an der wachsenden Kriminalität des Landes tragen. Fest steht jedenfalls, daß irgend etwas geschehen muß, um den unhaltbaren Zustand zu beseitigen, daß z. B. die Zahl der Morde pro Jahr um 25 Prozent steigt (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 17. 11. 67). Wie stark die Verwilderung der politischen Sitten fortgeschritten ist, machten in besonders eindringlichem Maße die Teilerneuerungswahlen im November des vorigen Jahres deutlich, bei denen — nach unterschiedlichen Quellen — 63 bis 107 Morde zu verzeichnen waren. Es klingt schon mehr nach politischer Euphemie, wenn es in Nachrichtendiensten dazu hieß, „nach philippinischen Maßstäben seien die Wahlen friedlich verlaufen — trotz der 107 Toten“.

All diese schwerwiegenden Hypothesen hat ein philippinischer Präsident heute zu übernehmen. Manche Beobachter glauben, daß sie überhaupt nur noch von einem Alleinherrscher der extremen Rechten oder Linken zu bewältigen seien. Also auch hier der Ruf nach einem starken Mann. Dies kann freilich nicht als allgemeiner Wunsch

der Bevölkerung aufgefaßt werden, die sich schon immer einer allzu starren Führung widersetzte. Die meisten der Bestrebungen in Richtung auf einen radikalen Wandel gehen vielmehr von der Intelligenz und den Stadtbewohnern aus, während große Teile der Landbevölkerung mit Geduld und „Gottvertrauen“, anezogen oder überzeugt, die Armut und Benachteiligung über sich ergehen lassen. Man sieht zwar, daß „die Segnungen der Freiheit Befreiung von Armut nicht eingeschlossen haben“ (What's wrong with the Philippines?, „Foreign Affairs“, Juli 1968, S. 770), bleibt aber in der Masse vorläufig noch allen Aufforderungen zu gewaltsamer Veränderung der Lage gegenüber verschlossen. Hier scheint sich ein Ausspruch von Manuel L. Quezón aus den frühen dreißiger Jahren auf die Mehrzahl des Volkes zu übertragen: „Ich möchte lieber einen höllischen Staat haben, wenn er nur von Filipinos geleitet wird, als einen von Amerikanern geführten, selbst wenn er wie der Himmel ist!“

Die verzögerte Landreform

Mit bisher 14 nationalen Plänen haben die Regierungen versucht, die „philippinische Hölle“ zu verbessern, doch blieben durchschlagende Erfolge bisher aus. Wenn die meisten Filipinos dennoch bisher geschwiegen haben, so spielen dabei sicherlich auch ihr Humor und die ungeheure Geduld eine große Rolle. Da man aber auf die Dauer auch damit nicht skandalöse Zustände überdecken kann, versuchte es jeder Präsident bisher mit der Landreform.

Präsident Magsaysay beispielsweise bemühte sich neben militärischen Aktionen gegen die rebellischen „Huk“-Gruppen bis 1954 auch mit Hilfe anderer Maßnahmen um eine Stabilisierung der Lage. So „leistete die Armee auch Pionierarbeit, die den guten Willen der Regierung unterstreichen sollte. Schulen und Krankenhäuser wurden errichtet, neue Landwirtschaftsgebiete erschlossen, Brücken und Wasserleitungen gebaut. Desertierte Guerillas wurden freundlich empfangen und erhielten Land und materielle Unterstützung...“ (J. Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, edition suhrkamp, Frankfurt 1968, S. 103). Nachdem sich nicht nur der Führer der Aufständischen, L. Taruc, sondern auch die meisten der Führungsspitze 1954 ergeben hatten, ging Magsaysay daran, an die kleinen Pächter Land zu verteilen und ihnen höhere Ernteerträge für die eigene Nutzung zu versprechen. Sicherlich war es ihm Ernst damit. Doch schon bald zeigten die Großgrundbesitzer, wer die wirkliche Macht innehatte. Trotz dieses Rückschlages gilt der damalige Präsident auch heute noch als derjenige, der die große Gefahr kommunistischer Unterwanderung abwendete. Im kommunistischen Lager selbst macht man sich bis heute Gedanken, wie es damals zu der Niederlage kommen konnte. Wirkliche Anhängerschaft fand man nur bei den am stärksten unterdrückten Landarbeitern in Zentral-Luzón. Eine rigorose Veränderung der wirtschaftlichen Mißstände gab es in Wahrheit auch damals nicht. Weder das „Gesetz über die landwirtschaftliche Pacht“ von 1954 noch das „Gesetz über eine Agrarreform“ von 1955 konnten restlos verwirklicht werden, genausowenig wie die von der Anlage her guten Gesetze über die Sozialversicherung und die Minimallöhne. Wie hier wird fast überall die große Diskrepanz zwischen fortschrittlicher Verfassung oder gesetzlicher Fixierung und Durchführung im Alltagsleben deutlich.

Obwohl die Philippinen einen großen natürlichen Reichtum aufzuweisen haben, sind sie bis heute nicht einmal

in der Lage, die eigene Reisversorgung zu gewährleisten. Sie sind auf Importe angewiesen, die wiederum mit politischen Fragen gekoppelt sind. So lehnten die Philippinen beispielsweise im Juli 1966 ein Angebot der Volksrepublik China ab, die gesamte fehlende Reismenge zur Versorgung der Bevölkerung zu Preisen zu liefern, die um 20 bis 30 Prozent unter dem Weltmarktniveau lagen. Der Vorsitzende der Getreidekommission erklärte damals, man habe dieses Angebot abgewiesen, weil man das Handelsembargo mit China nicht durchbrechen wolle.

Umstrittenes Community Development-Programm

Präsident Marcos legte 1965 einen sozio-ökonomischen Vierjahresplan vor, dessen Kern ein Infrastruktur-Programm. „R and R Program“ (Rice and Roads program) genannt, bildet. Dieses „wirtschaftliche Konzept der Regierung, das auf Prestigeprojekte verzichtet, ist sicherlich gesund, wenn auch ein allzu einseitiger Entwicklungstrend, mit dem fast ausschließlichen Akzent auf der Infrastruktur, das wirtschaftliche Wachstum nur langsam fortschreiten lassen wird“ („Neue Zürcher Zeitung“, 19. 7. 68). Hemmend wirken weiterhin die „alte Hacienda-Wirtschaft und ihre dazugehörige Sozialstruktur, in der der patriarchalische Großgrundbesitzer über das Los der Bauern bestimmt“, wenn auch einige Beobachter der Meinung sind, „dieser Einfluß sei heute mit der sinkenden Macht der Lehnherren und der fortschreitenden Urbanisierung in zunehmenden Maße durch die in Manila bestimmte Politik, die auch die Wirtschaft dirigieren will, verdrängt worden“. — In den neuen Haushaltsplan, der seit dem 1. Juli gilt, wurde gegen die Stimmen der Opposition, die von einem zum Wahlgeschenk degradierten „Schweinetrog-Fonds“ sprach, der Posten „Landwirtschaftlicher Entwicklungsfonds“ in einer Höhe von 100 Millionen Pesos aufgenommen. Die Kritik war insofern berechtigt, als durch die angestrebte Aufteilung der Summe auf alle Dörfer zu gleichen Teilen nur ein äußerst geringer Erfolg zu verspüren sein dürfte. Das seit der Initiative von Magsaysay 1954 bestehende und größtenteils von den USA finanzierte „Community Development“-Programm wurde ebenfalls auf das ganze Land ausgedehnt und soll über die jeweiligen Dorfgemeinschaften verwirklicht werden. Nach einem Bericht des Jahres 1965 soll die Regierung 42 000 Projekte finanziell unterstützt haben, wobei ca. 40 Prozent der philippinischen Dörfer von den eigens dafür ausgebildeten Fachkräften betreut worden sind.

Diesem Programm sind sicherlich viele Teilerfolge und Reformen zu verdanken. So geht es u. a. um: Beschleunigung der Produktivität und Steigerung des Einkommensniveaus der ländlichen Bevölkerung, Ausbau von öffentlichen Einrichtungen, wie z. B. Straßen und Bewässerungssystemen, Verbesserung des Gesundheitswesens, Förderung der Erwachsenenbildung und Alphabetisierung, Förderung der lokalen Selbstverwaltung, bessere Koordination von technischen Diensten, die um die ländliche Entwicklung bemüht sind (nach Sung-Jo Park, Community Development in den Philippinen und Thailand, „Indo-Asia“, April 1968). Doch haben sich auch in diesen Aufgabenbereich Einflüsse und Mängel eingeschlichen, die den ursprünglich angestrebten Erfolg stark mindern. In der genannten Untersuchung heißt es dazu u. a., die Programme habe man „so sehr auf die USA-Entwicklungshilfe aufgebaut, daß man mit Recht sagen kann: Ohne die USA-Entwicklungshilfe wäre ein Weiterleben

nicht möglich. Das gesamte Programm ist nicht philippinisch . . ., sondern stellt eine Kopie der amerikanischen ‚Gruppendynamik‘ dar . . . Das Verhältnis zwischen der bestehenden Lokalverwaltung und neugeschaffenen CD-Organen ist zu einem Konkurrenzverhältnis geworden . . . Im Programm wurden keine konkreten Schritte zur Durchführung festgelegt . . . Die streng fixierte Hierarchie der CD-Organen . . . beeinflusst den Entwicklungsprozeß sehr negativ.“ Hinzu kommen ein bürokratischer Verzögerungs-Effekt bei der Bewilligung dringender Projekte und ein durch viele neue Institutionen geschaffener „Mammut-Beamtenapparat“.

Wie verhält sich die katholische Kirche, wie verhalten sich die Religionsgemeinschaften der Philippinen zu diesen unbewältigten sozialen Aufgaben? Es fehlte bisher nicht an harten Urteilen über deren Verhalten. Ein Beispiel findet sich bei Stucki (a. a. O., S. 87): „Die katholische Kirche könnte eine geistige Macht sein. Sie hätte in einem Land, in dem ‚Demokratie‘ zur Farce gemacht wurde, als einzige dem Kommunismus geistige Potenz entgegenzusetzen. Aber vom Volk wird sie mit der verfaulten feudalistischen Oberschicht identifiziert. In scharfem Gegensatz zum Willen des Vatikans, des Konzils, des päpstlichen Nuntius in Manila sind die meisten Bischöfe in der patriarchalisch-konservativen Einstellung befangen, wonach sich die Kirche nur um Frömmigkeit und Seelenheil zu kümmern und nicht in Dinge einzumischen habe, welche den Herrn Haciendabesitzer angehen . . .“ Dieses Bild paßt eigentlich nicht mehr ganz in das seit etwa 1966 sichtbare neue Programm der Bischöfe der Philippinen. Seitdem scheinen sie nämlich die Notwendigkeit dringender Sozialreformen und einer Hilfe der Kirche erkannt zu haben. Sie setzten damit einen Anfang, um die immer offensichtlicher zutage tretende Abwendung der Massen zu verhindern, um die Kirche wieder glaubwürdig zu machen. Einzelne Priester und Ordensleute, die jahrein, jahraus die Not der Bevölkerung aus eigener Anschauung erlebt hatten, waren ihren Bischöfen schon seit langem vorausgeeilt: „Aktive junge Jesuiten, die in den Arbeitervierteln und den Holzhütten der Plantagenarbeiter den Problemen näherzukommen suchen, gehen jedoch nach der Ansicht des konservativen Kardinals Rufino Santos und seiner Hierarchie zu weit“, hieß es noch im November vorigen Jahres in einem Bericht („Neue Zürcher Zeitung“, 17. 11. 67).

Landwirtschaftliche Entwicklung

Am 8. Januar 1967 veröffentlichten die philippinischen Bischöfe dann den lang erwarteten „Hirtenbrief zur Sozialarbeit und landwirtschaftlichen Entwicklung“, der der Regierung die wesentlichste Aufgabe bei der Beseitigung der herrschenden Mißstände zuweist. Der Kommunismus, sonst auf den Philippinen ein beliebter Sündenbock, wird interessanterweise nicht einmal erwähnt, nur einige Male in Nebensätzen angedeutet. Man spricht darin von der Notwendigkeit einer guten Planung, allerdings noch mit einiger Vorsicht. Diese kommt sicherlich einerseits aus dem Traditionalismus, einem Erbe der spanischen Kirche, andererseits aus dem von der amerikanischen Ökonomie übernommenen Liberalismus. Die Bischöfe betonen zwar, daß Korruption, Familien- und Freundschaftspolitik, Vorurteile gegenüber Handarbeit usw. durch evangelische Werte ersetzt werden müssen. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß sie ebenso wie die Regierenden zwar wichtige Ursachen der Ungerechtigkeit

sehen, für die Änderung jedoch nur Vorschläge machen können. Die Vorschläge zeugen in diesem Falle aber nochmals von der wenig realistischen Vorstellung von einem kirchlichen Einfluß. Immerhin werden die kirchlichen Behörden, die Priester und die Laien angespornt, sich bei der Sozialentwicklung zu engagieren, und dem Klerus besonders wird nahegelegt, die Vermenschlichung des Wirtschaftsprozesses ernst zu nehmen, anstatt dort nur die Gefahren von „Säkularismus“ und „Materialismus“ zu vermuten.

Genossenschaftswesen und Kreditkassen werden befürwortet und für deren Ausbau eine verbesserte Gesetzgebung gefordert. Auch hier scheint den Bischöfen die Erfahrung zu fehlen, die zur Einsicht führen müßte, daß das Funktionieren solch idealer Einrichtungen in Entwicklungsländern bisher selten den Erwartungen entsprochen hat. Wenn die Bischöfe schließlich den Unterricht in Sozialfragen an Priesterseminaren und in katholischen Schulen eindringlich empfehlen, so tun sie damit nichts Neues. Seit vielen Jahren schon ist diese Notwendigkeit auf den Philippinen betont und teilweise auch in die Praxis umgesetzt worden. Dabei ist man allerdings selten über die doktrinalen Aspekte hinausgekommen. Es ist typisch, zu bemerken, daß im Hirtenbrief von der Arbeit der von Katholiken inspirierten oder geführten Gewerkschaften keine Rede ist. Diese hatten immer einen schweren Stand und sind von den meisten Bischöfen mit größtem Mißtrauen betrachtet und behandelt worden. Auch der politische Aspekt fehlt insofern, als nur immer die Rede von Gesetzgebung (diese ist ja gar nicht so schlecht — nur meistens wirkungslos), nicht aber von politischer Bildung des Volkes und von politischer Aktion ist. Den Schulen wird empfohlen, armen Leuten vom Lande Stipendien zur Verfügung zu stellen, Landwirtschafts- und Fischereibteilungen anzuschließen, aber es wird nicht darauf hingewiesen, daß eine echte soziale Strategie eine ziemlich radikale Umschichtung des bestehenden katholischen Schulsystems mit sich bringen würde.

Beschwerlicher Abschied vom „Volkskatholizismus“

Wie schwer es den Bischöfen Anfang 1967 fiel, sich von traditionellen Bindungen zu lösen, machen am besten die beiden Passagen deutlich, in denen die zwei „Kontrahenten“ (Großgrundbesitzer und Landarbeiter) direkt angesprochen werden: „Wir möchten Unsere geliebten Brüder, die Großgrundbesitzer und Fischereiboot-Unternehmer, daran erinnern, daß sie ‚bloß die Verwalter des Vermögens für die gesamte Menschheit sind unter Gott, dem allein das oberste Besitzrecht über Seine gesamte Schöpfung gehört.“ Man empfiehlt ihnen, den Arbeitern einen gerechten Lohn („mindestens den durch das Gesetz festgesetzten“) zu zahlen und neue Techniken einzuführen. Endlich wird in einem Paragraphen hinzugefügt: „Am Schluß richten wir Uns an unsere sehr geliebten Bauern und Fischer. Der Hauptteil der Wirtschaft unseres Landes liegt auf ihren Schultern. Sie müssen deshalb stolz auf diese Verantwortung sein und sich ihrer würdig erweisen. Gleichwohl es Unsere Aufgabe ist, zu helfen, zu führen und zu verteidigen, was Gott Uns anvertraut hat, kann doch niemand mehr zur Lösung der Probleme unserer Bauern und Fischer beitragen als sie selbst.“ Dieser Aufruf zur Eigeninitiative ist angesichts verbreiteter Resignation und Verbitterung zwar berechtigt, kann so aber kaum zu einer Lösung beitragen.

Offensichtlich gelingt es der heutigen Führung der Kirche

nur schwer, sich aus den historischen Gegebenheiten zu lösen. Die traditionelle philippinische Gesellschaftsstruktur, im Grunde malaiisch mit spanischer Beimischung, ist autoritär und hat für spontane Initiativen und Erneuerung bisher wenig Platz. Die Autorität der Eltern wird in solcher Weise ausgeübt, daß die Kinder sich ohne Fragen im Gehorsam einüben (vgl. A. Ulgado: *The Filipino Family in Rural Development*, Arbeitspapier für den Agrarentwicklungskongreß). Die spanische Kolonialisierung fügte dieser typisch agrarischen Struktur einen neuen Faktor hinzu. Sie forderte gegenüber der fremden Gewalt einen unbedingten Gehorsam, selbst wenn er mit Gewalt erzwungen werden muß.

Die spanischen Missionare setzten sich zwar in ihrer Arbeit von der Herrschaft der Soldaten und Kaufleute ab, unterbauten aber ihre Autoritätsauffassung mit spirituellen Motiven. Gegen die liberalen Strömungen im 19. Jahrhundert und gegen die Angriffe auf die „Spanische“ Kirche sowie gegen den nach der „Amerikanisierung“ auftauchenden Antiklerikalismus wehrte sich die offizielle Kirche damals nur mit Zensur, Verbot und Abkapselung. Währenddessen verharrte die Masse des Volkes — von alledem wenig berührt — weiter in ihrem „Volkskatholizismus“.

„Jahr des sozialen Bewußtseins“

Ein bedeutender Schritt zu einer Neubesinnung wurde erst durch den im Hirtenbrief angekündigten „Nationalen Kongreß für Agrarentwicklung“ eingeleitet, der vom 5. bis 11. Februar 1967 in Manila, Los Baños und Cagayán Oro stattfand.

Der Hinweis, daß dieser Kongreß „auf Drängen des Papstes selber zustande“ gekommen sei („Die katholischen Missionen“, September/Oktober 1968, S. 171), deutet auf wahrscheinliche Zusammenhänge mit der am 26. März 1967 veröffentlichten Enzyklika *Populorum progressio* hin. Gerade der Abschnitt 24 könnte direkt auf philippinische Verhältnisse zugeschnitten sein. Ähnlich äußerte sich übrigens auch die Vierte Generalversammlung der „Ostasiatischen Christlichen Konferenz“ im Februar 1968 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 171). Die Enzyklika hat vielen Katholiken der Philippinen neuen Auftrieb gegeben, doch wird für die Zukunft entscheidend sein, was von der Amtskirche insgesamt jetzt getan wird. Eine bedeutsame Etappe bildete die Vollversammlung des Episkopats vom Februar 1968, die u. a. den ersten Teil eines Programms für ein „Jahr des sozialen Bewußtseins“ festlegte. In diesem ersten Teil war man bemüht, mit allen zur Verfügung stehenden publizistischen Mitteln das „soziale Bewußtsein“ aller zu wecken, während es im zweiten Teil darum geht, wichtige Aufgaben zu lösen bzw. deren Lösung einzuleiten. So will man Facharbeiter ausbilden, landwirtschaftliche Genossenschaften gründen, die Baumwollindustrie fördern und Sozialzentren einrichten. Eine Nachfolgekonferenz der ersten Tagung über die Agrarentwicklung fand im Juli statt. Auch hier überwog nach langen theoretischen Erörterungen in der Vorbereitungszeit die Praxis. In Zusammenarbeit mit staatlichen und privaten Unternehmungen soll u. a. ein Gemeinschaftsprojekt geschaffen werden, das auf dem Lande mehrere kinderreiche Familien zusammenfaßt. Dieses Modell will man auf möglichst breiter Ebene weiterverfolgen.

Auf die Initiative der Bischöfe hin erklärte Präsident Marcos die Zeit vom Mai 1968 bis April 1969 zu einem „Jahr

der Nationalen Sozialen Aktion“. Bei dieser Gelegenheit wiesen die Bischöfe nachdrücklicher als in ihrem Hirtenbrief vom Januar 1967 auf die „größten Probleme des Landes, nämlich das System der Pachtfarmer in ländlichen Gegenden und die steigende Arbeitslosigkeit“, hin, die „beide durch ein ererbtes Übel der bedrückenden Sozialstruktur und unchristlichen Gedankengänge, die bis heute bestehen durften“, miteinander verbunden seien und „die bloße Existenz von Frieden und Ordnung in unserer Nation bedrohen“. Die Bischöfe zögern jetzt nicht mehr, von Ausbeutung zu sprechen und das System der Großgrundbesitzer als „die Wurzel vieler sozialer Ungerechtigkeiten“ zu bezeichnen. Sie zögern auch nicht, die „Selbstsucht, die die soziale und wirtschaftliche Sphäre ebenso beherrschte wie Regierungsentscheidungen“, anzuprangern.

Neben diesen behördlich angeordneten Bemühungen laufen bereits verschiedene Projekte, die auf Eigeninitiative beruhen. Nach Unterweisung in Soziologie und Gruppenpsychologie startete z. B. der Jesuit Mondoneto ein stark beachtetes Experiment zur Mobilisierung der wirtschaftlichen Selbsthilfe in einem größeren Bezirk in der Umgebung von Infanta.

Schon vorher hatten Laienorganisationen von sich reden gemacht, die ebenfalls teilweise neue Wege beschritten: Dabei zeigte sich übrigens, daß die Protestanten und Katholiken unterschiedliche Strategien für eine Einflußnahme im gewerkschaftlichen Bereich entwickelten. Dem offensichtlichen Mangel jeglichen christlichen Einflusses in der Gewerkschaftsbewegung begegneten die Protestanten mit intensiver Schulung vieler Laien und entsprechender Ausbildung der zukünftigen Geistlichen, um bei ihnen zumindest Kenntnis und Verständnis der gewerkschaftlichen Funktion zu wecken. Auf katholischer Seite versuchten einzelne, das Problem durch eigene Gewerkschaften zu lösen.

Nachdem die von Jesuiten gegründeten, aber von Laien geführten Gewerkschaften „Free Farmers Association“ und „Free Workers Association“ in früheren Jahren wahrscheinlich wegen des Widerstandes „offizieller kirchlicher Stellen“ nicht den gewünschten Erfolg hatten, bemühen sich die Laien jetzt um andere Organisationsformen.

Hier sind die Protestanten wahrscheinlich insofern begünstigt, als sie praktisch seit ihrer ersten Tätigkeit auf den Philippinen im Jahre 1898 — bei aller auch heute noch vielfach vorhandenen finanziellen Abhängigkeit von Spenden aus den USA — dafür gesorgt haben, daß die Führung der Kirchen in Händen von Filipinos lag und die philippinische Eigenart bedacht wurde. Jedenfalls haben sie auf sozialem Gebiet in mancher Hinsicht als Schrittmacher für die Katholiken gewirkt. Diese Tatsache wird heute allgemein anerkannt. Nach jahrzehntelangem Nebeneinander — wenn nicht gar Gegeneinander — zeigt sich seit einiger Zeit verstärkte Zusammenarbeit zwischen Protestanten und Katholiken in der Sozialarbeit, angefangen von der Soziologischen Gesellschaft bis zu landwirtschaftlichen Projekten. Allerdings fehlt es auch hier nicht an Kritik an der bisherigen Arbeit. So weist der Autor einer vom „Nationalrat der Kirchen“ (Manila) herausgegebenen Publikation (P. G. Gowing: *Islands under the Cross — The Story of the Church in the Philippines*, Manila 1967, S. 233 f.) darauf hin, daß man die allzu lange und intensive Beschäftigung der Kirche mit ihren Organisationsformen heute als Schwäche erkennen müsse.

Eine neue Sozialbewegung

Der neue Leiter der Katholischen Aktion, Senator Ledesma, und der frühere Außenminister, R. S. Manglapus, wollen, wegweisend für viele, neue Wege beschreiten. Manglapus legte Ende Dezember 1967 sein Mandat als Senator nieder, um sich ganz einer neuen katholischen Reformgruppe, der „Christlich-Sozialen Bewegung“, zu widmen.

Der frühere Partisan gegen die Japaner fußt bei seiner Bewegung auf der Enzyklika *Populorum progressio*. Sie soll links von der Mitte stehen und nicht als Partei angesehen werden, da es zur Zeit unmöglich erscheint, das bestehende Zweiparteiensystem zu überwinden. Er versteht sie vielmehr als eine wichtige Interessengruppe, die für beide bestehenden Parteien eine Art „äußeres Gewissen“ darstellen will. Sie soll den Parteien, da diese keine ideologische Alternative zum Kommunismus zu bieten haben, als „dritte Kraft“ hinzugesellt werden. Damit hat er selbst seine politische Karriere aufgegeben, um ein neues Modell zu entwickeln, über dessen Erfolge sich natürlich noch nicht viel sagen läßt. Wichtig dürfte aber z. B. der kürzlich erfolgte Beitritt des früheren Führers der kommunistischen Huk-Bewegung, L. Taruk, sein, der bereits wertvolle Hinweise aus seiner Sicht für die Arbeit geben konnte. Für ihren Bereich haben die Studenten der „Student Catholic Action“ bedeutsame Formen entwickeln können, die für viele andere Gruppen Vorbild sein können. Die sehr starke Organisation entwickelte ein arbeitsfähiges Modell zur Heranbildung von Führungskräften. Allerdings machen sich jetzt, da die Forderungen nach Landreform lauter werden, auch die Schwächen bemerkbar, da diese Studenten und Jungakademiker zu wenig Kontakt mit der Arbeiterschaft entwickelt haben, ganz im Gegensatz zum YMCA, der im Sommer jeweils Arbeitslager mit dem Ziel der Entwicklung der Dörfer durchführt.

Eine soziale Gruppierung ganz anderer Art als die von Manglapus stellt die 1949 von Laien gegründete Bewegung „Barangay sang virgen“ dar, die sich zum Ziel gesetzt hat, das philippinische Volk auf seine eigene Weise zu einem christlichen Leben zu führen. Es geht ihr um Vertiefung christlichen Bewußtseins. Außerdem fordert sie eine regelmäßige Zusammenkunft mehrerer Familien zum Gebet und zu religiösem Gespräch. Neben den primären religiösen Zielen, die dem großen Priestermangel begegnen sollen, gibt es als sekundäre Ziele: die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts, des sozialen Zusammenschlusses und der philippinischen Kultur. Für den Bereich der religiösen Erneuerung kann man diese starke Gruppe wohl als eine der originellsten Laienbewegungen in Asien bezeichnen, in der typisch nationale Eigenheiten auf Volksbasis zum Ausdruck kommen.

Eine Frage, die gerade für die Philippinen von entscheidender Bedeutung ist, wurde durch die Enzyklika *Humanae vitae* wieder sehr zurückgeworfen. Leider sind damit auch Rückschläge in den ökumenischen Beziehungen verbunden, da die Protestanten wohl mit Recht darauf hinweisen, daß alle gemeinsamen Bemühungen um Behebung der Not und der Arbeitslosigkeit wegen der Überbevölkerung ohne greifbare Ergebnisse bleiben werden. Damit bringen sie gleichzeitig zum Ausdruck, daß in dieser entscheidenden Frage nur eine Klärung im katholischen Bereich zum Erfolg führen kann und selbst konsequente Familienplanung von protestantischer Seite nur wenig an den Problemen der Philippinen ändern würde.